

Friedrich Thießen (Hrsg.):
 Zwischen Plan und Pleite.
 Erlebnisberichte aus der
 Arbeitswelt der DDR,
 Böhlau Verlag Köln/Weimar/Wien
 2001, 342 S. (20,50 €)

Der Titel des Bandes ist alles andere als originell. Der Stabreim wurde seit 1990 häufig benutzt, um Siegesgefühle der Vertreter der Marktwirtschaft in Worte zu kleiden. Auch der Herausgeber und der für die Koordination der Erlebnisberichte verantwortliche Hans Fehring hatten die Absicht, den Sieg über den Kommunismus noch einmal auszukosten, als sie sich daran machten, ehemalige DDR-Bürger aus verschiedenen »Berufen und Hierarchiestufen vom Arzt bis zum Bankmanager, vom Fahrer bis zum Generaldirektor« darüber zu befragen, wie sie an Ort und Stelle die DDR-Wirtschaft erlebt haben. Was herausgekommen ist, charakterisieren sie als »eine derart schonungslose Abrechnung mit dem System der DDR«, von der nicht einmal sie sich vorstellen konnten, wie vernichtend sie ausfallen würde.

Thießen und Fehring hatten den Ehrgeiz, die 50 Erlebnisberichte zu einer Gesamtsicht auf die DDR-Wirtschaft zu verdichten. Deshalb verweisen sie anhand bestimmter Stichworte (zum Beispiel Planänderung, Manieralknappheit) jeweils auf weitere Berichte, in denen dieses Thema von einem anderen Zeitzeugen auch (mit)behandelt wird. Der Weg über die Zeitzeugenberichte sei die einzige Möglichkeit, die DDR-Wirtschaft wirklich zu erfassen, denn »Statistiken über die wirtschaftliche Entwicklung der DDR sind wenig aussagekräftig. Zahlen wurden in großem Ausmaße gefälscht« (S. XI).

Aber: Sind Zeitzeugenaussagen, vorgenommen ein Jahrzehnt nach der Wende, wirklich fälschungssicher? Zumindest sind sie recht verschieden interpretierbar. Wie sie interpretiert werden sollten, hat Thießen auf den ersten 30 Seiten dargelegt. Anschließend kommen dann die Zeitzeugenberichte selbst. Und die Schlußfolgerungen, die ich gezogen habe, weichen doch deutlich von denen des Herausgebers ab. Da werden nicht nur schonungslos

Mängel aufgedeckt, wie man an vernünftiger Arbeit »durch das Planungssystem« gehindert wurde, neben bitteren Berichten finden sich mit Humor erzählte Episoden, wie man den Plan überlisten mußte, um ihn zu erfüllen, Berichte, die vom Stolz auf das in DDR-Zeiten geleistete ebenso zeugen wie von Gemeinschaftsgeist, gegenseitiger Hilfe auf der Arbeit, eben von einer »Anti-Ellenbogengesellschaft«. Es entsteht ein sehr vielfältiges, teilweise widersprüchliches Zeitbild der Entwicklung von Produktion, Handel und Bankwesen in der DDR. Wie Thießen und Fehring anhand dieser Berichte zu der Schlußfolgerung kommen, daß »das Buch zeigt, wie sich die Ergebnisse, letztlich also der Zusammenbruch der DDR, zwingend aus den Restriktionen ableiten«, ist mir nicht nachvollziehbar. Zumal ich weiß, daß die gescholtenen Statistiken – mit wenigen benannten Ausnahmen – einer 1990/91 vorgenommenen Überprüfung durch das Statistische Bundesamt in Wiesbaden standgehalten haben (vgl. Erklärung des Präsidenten des Statistischen Bundesamtes Egon Hölder: DDR-Statistik: Schein und Wirklichkeit, Wiesbaden, 11. April 1991) und selbst die heikelste und zu DDR-Zeiten geheim gehaltene Statistik zur Auslandsverschuldung inzwischen aufgearbeitet ist (vgl. Deutsche Bundesbank: Die Zahlungsbilanz der ehemaligen DDR 1975 bis 1989, August 1999).

Natürlich ist die Sammlung von Zeitzeugenberichten für die Erforschung der DDR-Wirtschafts- und Sozialgeschichte wertvoll und teilweise auch für das letzte Jahrzehnt der politischen Geschichte der zweiten deutschen Republik aussagekräftig.

Die Zeitzeugenberichte enthalten aber mehr, als Thießen und Fehring im Vorwort blicken lassen: Die Berichtersteller haben es sich in vielen Fällen nicht nehmen lassen, auch zu schildern, wie sie in Betrieb, Groß- und Einzelhandel, Bank und Versicherung die Wende erlebten. Und diese Zeit wird nicht weniger schonungslos einer Kritik unterzogen wie die Zeit davor. Wenig bekannt ist, was in den Betrieben in der Wende geschah. Die Auseinandersetzungen zwischen (neuen) Belegschaftsvertretungen und (alten) Werks- und Kombi-natsleitungen sind bisher kaum dokumentiert. Das Buch liefert einige interessante Beispiele. Was das Buch über die Zeit nach der »Wende

in der Wende« enthält über die Abwicklung von Betrieben und Institutionen (hier ist besonders Klaus Kolloch über die wirtschaftswissenschaftliche Fakultät der Humboldt-Universität hervorzuheben), die Ankunft und die teilweise »großartigen« Entscheidungen der neuen Westmanager, das Geworfensein in die Arbeitslosigkeit, den Kampf mit der Treuhand um die Existenz und mit den Banken um Kredite für das Unternehmen ist die – gleichfalls – schonungslose Darstellung eines Aufbruchs, von dem sich schon anhand der Erlebnisse von 1990/93 sagen läßt, daß da etwas anderes herauskommen mußte als das, was Thießen und Fehringer vorweg so postulieren: Die DDR habe sich »in wenigen Jahren zu einer leistungsfähigen Marktwirtschaft gewandelt«.

Wenn vom Herausgeber auch zwanghaft versucht wird, die DDR schlechter und die neuen Bundesländer besser zu machen als sie waren beziehungsweise sind, besteht ihr Verdienst darin, daß sie die Leute haben berichten lassen. Für die Zeitzugeberberichte gilt nicht, was einer der als Zeitzugeber vorgesehenen Organisatoren der Befragung zur Antwort gab: »Nein, an Ihrem Buch mach ich nicht mit. Es ist nicht objektiv.«

JÖRG ROESLER

Alexander Rüstow:
Das Versagen
des Wirtschaftsliberalismus;
 hrsg. von Frank P. Maier-Rigaud
 und Gerhard Maier-Rigaud,
 Metropolis-Verlag Marburg 2001,
 352 S. (29,80 €)

Seit Jahrzehnten ist das Versagen der liberalen Wirtschaftstheorie und -politik in der Praxis unübersehbar. Trotzdem gehören die Hauptthesen des Wirtschaftsliberalismus bis heute zu den Grundüberzeugungen der Wirtschaftspolitik. Diese erstaunliche Resistenz der liberalen Orthodoxie gegenüber den wirtschaftlichen Fakten, den inzwischen eine ganz andere Sprache sprechenden ökonomischen Tatsachen gehört zu den bisher am wenigsten untersuchten, geschweige denn schlüssig interpretierten Phänomenen der Theorie- und Geistesge-

schichte. Sie läßt sich offensichtlich nur erklären mit einem »festgefügteten Vorverständnis« der liberalen Wirtschafts- und Gesellschaftsauffassung, deren Wurzeln »jenseits wissenschaftlicher Ratio« liegen. Das heißt, das Beharrungsvermögen liberaler Grundsätze resultiert nicht aus ihrer Qualität als allgemeingültiger wissenschaftlicher Theorie, sondern aus ihrer Eigenschaft als *Heilslehre*.

Nun ist diese Kritik am Liberalismus und Neoliberalismus nicht neu. Erst vor kurzem verspottete Hans Christoph Binswanger die Ökonomenzunft deshalb als eine »Glaubensgemeinschaft«, die ihre Grundsätze nicht wissenschaftlich diskutiert, sondern als sakrosankte Überzeugungen apodiktisch vertritt (vgl. UTOPIE kreativ, Nr. 105 (1999): 90 ff). Alexander Rüstow geht in seinem, bereits vor 1945 verfaßten Buch dieser Frage nach und deckt in einer quellenbezogenen, gründlich recherchierten geistesgeschichtlichen Analyse die Ursprünge der Heilsgewißheit des Liberalismus auf. Die dabei zutage geförderten umfangreichen Belege reichen von antiken philosophischen Ansätzen, insbesondere bei Heraklit und den Philosophen der Stoa, über Zeugnisse christlichen theologischen Denkens bis hin zu den klassischen Texten der liberalen Ökonomie (Adam Smith, Frederic Bastiat, Jean-Baptiste Say, Hermann Heinrich Gossen, Thomas R. Malthus und anderen). Auch Karl Marx hat hier, sofern er die »naturgesetzliche Unentrinnbarkeit der Wirtschaftsgesetze« predigt, seinen Platz (vgl. S. 76 f.). Rüstow faßt alle diese Bekenntnisse im Sinne der Existenz einer gottgewollten Ordnung in Wirtschaft und Gesellschaft, worin die »unsichtbare Hand« die allgemeine Harmonie zwischen den auseinander strebenden Kräften immer wieder herstellt, sofern der Mensch in diesen Prozeß nur nicht eingreift, unter den schönen Begriff »Wirtschaftstheologie« zusammen. Ihm ist es auf diese Weise überzeugend gelungen, den Geist, respektive das innere Wesen des Wirtschaftsliberalismus als »Säkularisierung eines deistisch-stoischen Harmonieglaubens« aufzuzeigen. Die Rolle der Mathematik als Methode steht dazu nur scheinbar, in Wirklichkeit aber keineswegs im Widerspruch, wie schon Bofithius (480-525) wußte und woran uns Rüstow in einer Fußnote erinnert (vgl. S. 53).

Indem der Autor systematisch und beinahe erschöpfend die theologischen und anderen irrationalen Wurzeln der klassischen liberalen Theorie aufzeigt, liefert er das geistesgeschichtliche Fundament für die Auseinandersetzung mit dem Neoliberalismus der Gegenwart und der jüngeren Vergangenheit. Das Reizvolle dabei ist, daß dies mitnichten seine Absicht war, als er während des Zweiten Weltkriegs dieses Buch verfaßte. Sein Ziel war vielmehr zu zeigen, daß sich das Versagen des Wirtschaftsliberalismus vor dem Krieg aus dem Vorsehungsglauben und dem orthodoxen Festhalten an überlieferten Glaubenssätzen erklärt. Der von ihm als Lösung angesehene Eingriff des Staates in die Wirtschaft und deren Organisation als »soziale Marktwirtschaft« sei dadurch verbaut worden. Rüstow sah, wie auch Wilhelm Röpke und Alfred Müller-Armack, in der Überwindung der Dogmen des Liberalismus einen Weg zur Rettung des Wirtschaftsmodells der Marktwirtschaft – bei Zurückdrängung seiner kapitalistischen Entartung.

In einem, dem Werk von Rüstow beigegeführten Essay (»Das neoliberale Projekt«) verdeutlichen die Herausgeber, daß auch der moderne Neoliberalismus den von Rüstow kritisierten sakrosankten Glaubens- und Harmonievorstellungen verhaftet ist. Da diese Vorstellungen inzwischen, nach mehr als zwei Jahrzehnten neoliberaler Politik, fast überall zum mainstream erklärt worden sind, steht man heute wieder vor einer ähnlichen Situation wie am Ende der zwanziger Jahre. Die Fakten widersprechen der Theorie, doch diese gilt als unangreifbar, so daß die Welt der Tatsachen als »falsch« angesehen wird. Dies gilt für die Arbeitslosigkeit, die es im neoliberalen Dogma nur als »freiwillige« gibt, ebenso wie für das Verhältnis von »Arm und Reich«, das allein aus Leistungsunterschieden erklärt wird. So blockiert auch heute wieder das neoliberale Denkmuster den Zugang zu einer problemadäquaten Wirtschaftstheorie und einer zeitgemäßen Wirtschaftspolitik. Statt hier zu einem Paradigmenwechsel zu kommen und die neoliberalen Grundsätze als das darzustellen, was sie sind, nämlich Glaubensartikel einer Heilslehre aus einer vergangenen Zeit, folgt man weiterhin diesen Grundsätzen und verliert dadurch wertvolle Zeit, um die Lösung der existentiellen Probleme der Menschheit anzu-

gehen. Warum das so ist, hat etwas mit politischen Machtstrukturen und ökonomischen Interessen zu tun. Insofern ist das Festhalten der Eliten am neoliberalen Konzept ideologisch bedingt: Kein anderes Konzept sichert ihnen so viel Einfluß, Macht und Einkommen wie das neoliberale Projekt. Zudem erscheint die mit Hilfe der Theorie derart herbeigeführte und stabilisierte Ordnung »gottgewollt«, was heute soviel wie »effizient« oder »einem Sachzwang folgend« heißt.

Die Überwindung des neoliberalen Konzepts, seine Kritik und Entblößung, stellt heute für den Übergang zu einer neuen, zukunftsfähigen Weltwirtschaftsordnung eine ebenso unverzichtbare Voraussetzung dar, wie einst, an der Schwelle der Neuzeit, die Kritik des Katholizismus die Bedingung war für die Etablierung einer neuen Ökonomie, Naturwissenschaft und Philosophie. Die von Frank und Gerhard Maier-Rigaud präsentierten Überlegungen und kritischen Einwände gegen die neoliberale Wirtschaftstheorie schärfen den Blick dafür, überzeugende und ausgereifte Lösungsansätze für die aufgestauten Probleme bieten sie jedoch auch nicht, bestenfalls Denkansätze.

ULRICH BUSCH

Christoph Jünke (Hrsg.):
Am Beispiel Leo Koflers.
Marxismus im 20. Jahrhundert,
Verlag Westfälisches Dampfboot
Münster 2001, 329 S. (32,00 €)

Das Werk des Sozialphilosophen Leo Kofler (1907-1995) ist heute weitgehend vergessen. Kofler, der häufig als »marxistischer Einzelgänger« bezeichnet wird, war schon zu Lebzeiten ein politischer Intellektueller, dessen politische Heimat stets zwischen den großen ideologischen Trennlinien der europäischen Linken lag. Vom Austromarxismus herkommend, kritisierte er den reformistischen Kurs der Sozialdemokratie ebenso wie den Stalinismus, vor dessen Schergen er 1950 aus der DDR floh. Zusammen mit Wolfgang Abendroth und Ernst Bloch gehört Kofler zu den wichtigsten Vertretern der linkssozialistischen Denktradition in der frühen Bundesrepublik.

Kofler hätte das Potential gehabt, ein geistiger »Ziehvater« der sich konstituierenden neuen Linken zu werden, doch blieb sein Einfluß aus verschiedensten Gründen begrenzt. Mit seiner Verwurzelung in der radikalen Arbeiterbewegung und einer an Georg Lukács orientierten Theoriebildung ragt Kofler heute wie ein Solitär aus der linken Theorielandschaft heraus.

Die meisten Beiträge des vorliegenden Sammelbandes sind aus einem wissenschaftlichen Kongreß der Bochumer Leo-Kofler-Gesellschaft hervorgegangen. In 16 Beiträgen wird versucht, über die Beschäftigung mit dem Werk Koflers zu einer Reflexion der Erfahrungen des Marxismus im 20. Jahrhundert zu gelangen. Der Band gliedert sich in vier Abschnitte. Im ersten Teil finden sich Analysen und Kommentare zur Theorie und Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft. Der zweite Teil thematisiert das schwierige Verhältnis von Marxismus und Anthropologie. Der dritte Teil beinhaltet unterschiedliche Beiträge zu Themen der marxistischen Theorie. Im vierten Teil finden sich Beiträge zur sozialistischen Praxis und den sozialen Bewegungen des 20. Jahrhunderts, zu Koflers Antistalinismus, zu seiner Konzeption der Bildungspolitik und seinem Verhältnis zur neuen Linken.

Wolfgang F. Haug übernimmt die programmatische Einleitung und reflektiert über Erbe, Aufgaben und Aussichten einer marxistischen Renaissance. Er fordert, »historisch-kritisch das Erbe zu sichten und die Denkmittel auszuarbeiten, ohne die es keine Rehabilitation im Wortsinn der Neubefähigung und Repotenzierung marxistischer Theorie geben wird«. Dabei habe nicht eine rein zu haltende Lehre den Primat, sondern ein Projekt.

Als Koflers bedeutendster Beitrag zum »Projekt« kann seine Theorie über den Zusammenhang von Anthropologie und Marxismus gelten, die von Brakelmann anschaulich dargelegt wird. Ähnlich den Theoretikern der Frankfurter Schule beschäftigte sich Kofler mit dem Phänomen der Entfremdung und kritisierte die verdinglichten Lebens- und Bewußtseinsformen der kapitalistischen Gesellschaft. Er sah »im Bewusstsein des Menschen die Voraussetzung, die von ihm selbst gemachte Entfremdungs- und Unterdrückungsgeschichte in eine vom selben Menschen zu gestaltende Befreiungsgeschichte zu transformieren«.

Gerade hier haben der dialektische Ansatz und Koflers anthropologische Sichtweise ihre Sprengkraft bis heute bewahrt. Das gilt besonders für Koflers Ausführungen über Alltagsbewußtsein und Sozialpsychologie. Von daher bedauert es Krauss, daß bisher keine produktive Kommunikation zwischen Koflers kritisch-humanistischer Marxismusinterpretation und der subjektwissenschaftlichen Konzeption der Kritischen Psychologie zustande gekommen ist.

Koflers Ideologietheorie, die dem Alltagsbewußtsein eine hervorgehobene Rolle beimißt, widmet sich Werner Seppmann in seinem Beitrag »Was heißt heute ›herrschendes Denken‹?«. Ihm zufolge ist die Produktion machtkonformer Denkmuster nicht durch äußere Anordnung organisiert, sondern muß als integraler Bestandteil der Alltagspraxis begriffen werden: »Im Kontrast zur Idee des alten Materialismus vom Menschen als passivem, den ›objektiven‹ Strukturen unterworfenen Wesen, reflektiert die historisch-dialektische Wirklichkeitswissenschaft das Verhältnis des Menschen zur Welt als einen Prozess des tätigen und konstituierenden Verhaltens.«

Daneben ist auch Koflers Geschichtsauffassung und -methode bis heute von der Zunft nicht zur Kenntnis genommen worden. Anhand Koflers Buch *Zur Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft* (1948) erläutert Brieler sehr kenntnisreich dessen Geschichtsauffassung. Koflers dialektisches Geschichtsmodell hatte im historischen Diskurs der Bundesrepublik schlicht keine Chance, obwohl gerade dadurch wertvolle Einsichten über die Entstehung bürgerlicher Bewußtseinsformen zu gewinnen waren.

Insgesamt wird mit dem Sammelband keine Heroisierung Koflers betrieben. Er zeugt vielmehr von einer durchaus lebhaften Auseinandersetzung, in der auch Defizite der Positionen Koflers zur Sprache kommen. Beispielsweise ist Koflers apodiktische Kunsttheorie und Ästhetik, die fast sämtliche Formen der modernen Kunst zurückweist, kaum vermittelbar. Korngiebel präsentiert hier eine gelungene Gegenüberstellung von Marcuse, Bloch und Kofler. Er zeigt Überschneidungen und Differenzen ästhetischer Positionen auf, die mit Variationen drei fortgeführte Traditionslinien der Expressionismusdebatte aus den dreißiger Jahren darstellen.

Koflers Stalinismuskritik markiert nach Jünke »den im deutschen Sprachraum nach dem Zweiten Weltkrieg ersten systematischen Versuch, die stalinistische Theorie mit marxistischen Mitteln zu kritisieren«. Der Marxismus wird für Kofler durch drei charakteristische Formen des Stalinismus entstellt. Er eliminiert die Dialektik aus dem Marxismus, der historische Materialismus wird auf einen platten mechanistischen Ökonomismus reduziert und schließlich wird der marxistische Humanismus vergessen, der darauf aus ist, den Menschen aus jeglicher Entfremdung zu befreien. Koflers Hauptverdienst liegt hier nicht in der historischen Analyse des Stalinismus, sondern wiederum in seiner Ideologiekritik, die eine ausführliche methodologische Kritik des marxistisch-bürokratischen Mechanismus unternimmt.

Im selben Beitrag wird Koflers grundsätzliches Verhältnis zum Stalinismus zur Sprache gebracht. Für Jünke steht Kofler auf einem reformkommunistischen Standpunkt, dessen politische Zielsetzung ein demokratischer Sozialismus war. Schon Ende der dreißiger Jahre hatte Kofler die Legitimität der Moskauer Schauprozesse massiv angezweifelt. Jedoch diagnostiziert Jünke eine Positionsverschiebung in den achtziger Jahren, die er auf die politische und persönliche Enttäuschung Koflers über das Schicksal der neuen Linken zurückführt. Kofler sei vom schärfsten Stalinismuskritiker zum Apologeten geworden, der seine ganzen Hoffnungen auf eine Entstalinisierung von oben setzt, die deutlich erziehungsdiktatorische Züge annimmt.

Eine ähnliche Position nimmt Reinhard Köbler ein, der die in der Linken verbreitete These vom »asiatischen« Rußland widerlegt. Köbler verweist auf die Schwierigkeiten und Aporien, mit denen ein Vertreter der marxistischen Tradition zu kämpfen hatte, wenn er zu einer realistischen Einschätzung der Sowjetunion kommen wollte. Die despotischen Züge des Sowjetsystems deutet Köbler als strukturelle Merkmale der gesellschaftlichen Moderne.

Jünkes zweiter Beitrag über das Verhältnis von Kofler und neuer Linker beendet die Aufsatzsammlung. Hier findet sich eine erste Darstellung der Kontakte zum SDS, sein ehrgeiziger Versuch, eine zu den Frankfurtern

alternative Gesellschaftstheorie auszuarbeiten, oder seine Kritik an den Alternativen. Jünke wendet sich hier auch Koflers nicht unproblematischer Theorie der progressiven Elite zu.

Blickt man also hinter die »altlinke« Fassade, so lassen sich in Koflers Werk noch wertvolle Anknüpfungspunkte finden, die geeignet sind, wichtige Impulse für Wissenschaft und Politik zu geben. Der Sammelband ist zum einen Dokument einer Neuaufnahme Koflerscher Ideen und zum anderen ein Beitrag zur Historisierung einer spezifischen Generation linkssozialistischer Intellektueller. Eine Aktualisierung von Koflers Ansätzen steht jedoch noch immer aus.

RICHARD HEIG

Werner Röhr, Brigitte Berlekamp,
Karl Heinz Roth (Hrsg.):
Der Krieg vor dem Krieg.
Politik und Ökonomik der
»friedlichen« Aggressionen
Deutschlands 1938/1939,
VSA-Verlag Hamburg 2001,
397 S. (25, 50 €)

Zentrales Erkenntnisinteresse der verschiedenen Historiker, die in diesem Band Beiträge versammelt haben, sind die 1938 einsetzenden inneren und äußeren »Raubzüge« Deutschlands zur Konsolidierung des Rüstungsprogramms für den Krieg, insbesondere die »friedlichen« Aggressionen gegen die Tschechoslowakei und Österreich. Das Buch geht größtenteils auf eine Konferenz der Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung in Berlin vom 18. und 19. September 1999 anlässlich des 60. Jahrestages des Beginns des Zweiten Weltkrieges zurück. Im ersten Teil geht es um die »Inneren Kriegsursachen«. Die Beiträge von Karl Heinz Roth, Dietrich Eichholtz und Martin Seckendorf behandeln dort jeweils die konkreten Zusammenhänge zwischen Rüstungskonjunktur und Rüstungskrise, den Mitteleuropäischen Wirtschaftstag und seine Rolle hinsichtlich der deutschen Expansionsstrategien, die Entwicklung der Zahlungsbilanzkrise Deutschlands

und deren Einfluß auf die Entscheidung zur Kriegführung gegen die Nachbarländer. Mit Hilfe des dort erbeuteten Goldes und der Devisen konnte Deutschland seine Zahlungsbilanzkrise und seine Devisennot erst einmal überbrücken. Allerdings, so Eichholtz, können die Expansions- und Kriegsziele nicht allein auf diese wirtschaftlichen Faktoren zurückgeführt werden, sondern waren auch von politischen und militärischen Kräfteverhältnissen abhängig.

Im zweiten Teil des Bandes werden die Entwicklung, der Stellenwert und der Charakter der ›friedlichen‹ Aggressionen für die weitere Kriegsplanung Deutschlands untersucht. War die Annektierung Österreichs langfristig geplant oder bot sich den Deutschen 1938 eine unabhängig von ihrer Planung liegende Gelegenheit? Manfred Messerschmidt, Martin Moll, Kurt Pätzold und Winfried Höhn behandeln auf unterschiedliche Weise die Entwicklungen zum Kriegseinsatz. Im Gegensatz zu Messerschmidt, der die Eroberung Österreichs als notwendiges Ergebnis von Hitlers Außenpolitik betrachtet, wendet Moll sich gegen die Interpretation, die einen Automatismus der Expansionsschritte befürwortet. Dies mag zwar rückblickend einleuchtend sein, aber entspreche nicht der Perspektive der damaligen Akteure. Der Einmarsch der Wehrmacht in Österreich folgte keiner langfristigen Planung, so Moll. Von Bedeutung ist in diesem Zusammenhang auch das Verhalten der österreichischen Staatsführung sowie die Ansicht, daß die Österreicher nicht absolut passive Opfer waren, sondern es mitunter aktive österreichische Nazis und sympathisierende Bevölkerungsteile gab. Kurt Pätzold untersucht im Rahmen der deutschen Kriegsvorbereitungen die Spezifika der antijüdischen Politik. Dabei kommt er zu dem Schluß, daß zunächst eine Strategie der Vertreibung forciert wurde und erst im späteren Verlauf eine Strategie der physischen Vernichtung einsetzte, die in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Krieg gegen die Sowjetunion steht. Die Rolle Danzigs beim Überfall auf Polen analysiert Winfried Höhn. Im Mittelpunkt seiner Betrachtungen stehen drei bisher wenig bekannte Sachverhalte: erstens die Nazifizierung des Stadtstaates von 1933 bis 1939, zweitens die Mobilisierung für den Krieg im Zeitraum April bis August 1939

und drittens die Bedeutung Danziger Formationen beim Überfall auf Polen. Höhn fand heraus, daß am 16. April eine als Luftschutzübung getarnte Leistungsüberprüfung der Danziger Polizeikräfte faktisch die Generalprobe der Erstürmung der polnischen Post in Danzig war.

Im dritten Teil des Bandes geht es um den außenpolitischen Kontext und die Beschwichtigungspolitik Englands und Frankreichs gegenüber Hitler. Mit der britischen Garantieerklärung für Polen am 25. März 1939 war die Beschwichtigungspolitik eigentlich formal zu Ende, dennoch, wie Werner Röhr und Siegfried Büniger nachweisen, bedingte nicht einmal die britische Kriegserklärung vom 3. September 1939 ein Ende dieser Politik. Die offizielle Kriegserklärung führte zu keinem Ende der Beschwichtigungspolitik Chamberlains. Dies lag zum einen in einer Kriegsvermeidungsstrategie, zum zweiten im Antikommunismus konservativer Kreise und drittens darin begründet, daß Großbritannien nicht alle Festlegungen der Pariser Friedenskonferenz mitgetragen hatte. Ryszard Nazarewicz zeigt in seinem Beitrag die Zusammenarbeit Polens mit Deutschland während der Septemberkrise 1938 auf. Ferner verweist er darauf, daß Polens Verbündete und Garanten seiner Unabhängigkeit (trotz aller Bekenntnisse in Dokumenten) keineswegs die Intentionen hegten, Polen im Falle einer deutschen Aggression zu helfen.

Der letzte Abschnitt des Bandes behandelt die historischen und aktuellen Aspekte deutscher Kriegsentscheidungen im 20. Jahrhundert. Aktuell lassen sich wiederum in der deutschen Außenpolitik neben einem zunehmenden Großmachtstreben und militär-interventionistischen Maßnahmen auch Elemente deutscher »Volkstumspolitik« wahrnehmen, die Ähnlichkeiten mit dem 1937 von Hitler durchgesetzten »Volksgruppenrecht« aufzeigen. Hans-Rüdiger Minow verdeutlicht in seinem Beitrag zur »Deutschen Ethnopolitik«, wie die deutsche »Volksgruppen«-Politik im 20. Jahrhundert immer wieder den Übergang von zivilen zu militärischen Vorgehensweisen markierte, beispielsweise auch im ehemaligen Jugoslawien. Bernhard Puchert untersucht mittels wirtschaftshistorischer Längsschnittuntersuchungen die Spezifika deutscher wirt-

schaftlicher Expansionsstrategien und stellt die Bewegungsformen von Widersprüchen dar, mit denen es das deutsche Kapital vor und in beiden Weltkriegen zu tun hatte und deren Lösungen beide Male im Krieg lagen. Beginn der Erste Weltkrieg in einer Prosperitätsperiode, führte der Zweite Weltkrieg aus einer wirtschaftlichen Stagnation heraus und stellt damit sozusagen den Rahmen einer großen Depression dar. Der Krieg vor dem Krieg, die Annexion Österreichs und der tschechischen Gebiete führte zu einer größeren Bereitschaft, den Krieg zugunsten einer weiteren ökonomischen Expansion zu führen.

Die Bedeutung der in diesen Band aufgenommenen Beiträge beruht nicht allein in deren instruktiven, teils neuartigen und weit gefächerten Analysen, sondern insbesondere auch in der Berücksichtigung aktueller Probleme. Die Analysen der ›friedlichen‹ Aggressionen zeigen damit auf, daß Geschichtsforschung nicht nur einem reinen Selbstzweck oder fachimmanenten Auseinandersetzungen folgt, sondern auch derzeitige politische und soziale Probleme, Widersprüche und Krisen thematisieren und Kontinuitäten oder Diskontinuitäten herausstellen kann. Aus diesen Gründen ist das Buch sehr lesenswert und wärmstens zu empfehlen.

STEPHAN MOEBIUS

**Initiative Sozialistisches Forum:
Furchtbare Antisemiten,
ehrbare Antizionisten. Über Israel
und die linksdeutsche Ideologie,
ça ira Verlag Freiburg 2000,
154 S. (12,00 €)**

Das Autorenkollektiv Initiative Sozialistisches Forum (ISF) veröffentlicht in diesem Buch Arbeiten, die vom Antizionismus und Antisemitismus in der Linken handeln. Entstanden sind die Texte zu unterschiedlichen Anlässen, meist 1991. Trotzdem ist dieses Buch keine Stückelei, wie sie des öfteren bei Neuveröffentlichungen und Bündelung vorkommt.

Die deutsche Linke habe sich dahingehend um den deutschen Nationalismus und darum

auch Antisemitismus verdient gemacht, weil sie »mit Hilfe des Antizionismus die deutsch-völkische Kontinuität wahr[te] und die Nation entschuldig[te]« (S. 9). Nicht einen Gedanken daran verschwendend, warum das deutsche Volk mehrheitlich für den Nationalsozialismus war, soll die Linke mit ihrem Antizionismus drei Funktionen »für das noch nicht zum ›Wir sind das Volk‹ geeinte[n] Deutschland« (S. 8) erfüllt haben:

Erstens war der Antizionismus »die objektive Agentur des Antisemitismus im Lager der Linken, die eben dadurch ... ihre Zugehörigkeit zum nationalen Kollektiv demonstrierte« (S. 8). Des weiteren sei »der Antizionismus die Repräsentanz des durch die Sowjetunion ... dargestellten Hegemonialanspruchs des Marxismus-Leninismus über die Linke« (S. 8), »und drittens erlaubte der Antizionismus ... die Wiederaneignung der Idiotie von Volk, Vaterland und Muttersprache« (S. 8).

Deswegen setzt sich die ISF in »Zehn Thesen über die linksdeutsche Ideologie, Israel und den Klassenkampf am falschen Objekt« (S.15 - 92) mit den oben angeführten Fragen auseinander.

»Nerv des Antisemitismus« sei »die fetischistische, barbarische Kritik der bürgerlichen Gleichheit. Antisemitismus ist ... Ausdruck der repressiven Egalität, die der politische Souverän ... organisiert, deren unheilbarer Ausbeutungscharakter nur in der verkehrten und verdrehten Form des gleichen, freien und gerechten Tausches erscheinen kann« (S. 15). Dagegen ist daran festzuhalten, daß die Ökonomie im Kapitalismus zwar anders erscheint als sie ist, deswegen aber nicht zu folgern ist, daß dann der Antisemitismus hieraus folgt. Stimmen kann es deswegen nicht, weil die Auseinandersetzung von In- und Ausländern – zu denen der Antisemit die Juden und Jüdinnen zählt – vom Staat vorgenommen und von Nationalisten rassistisch in die Natur der Menschen verlegt wird.

Eine Linke, die »nichts ist als ein bloßer Bestandteil des Pluralismus und ein dynamisches Moment des Spiegelspiels der Politik, hat ... am strukturellen Antisemitismus der bürgerlichen Gesellschaft teil« (S. 15). Wenn die Linke nichts besseres zu tun weiß und hat, als diese Gesellschaft an ihren Idealen zu messen, »dann ist diese ›Linke‹ insofern antisemitisch,

als sie sich als unfähig zur Bekämpfung des Antisemitismus erweist« (S. 16). Kein Wunder, daß die Linke, theoriefeindlich wie sie ist, jede theoretische Auseinandersetzung über die Gesellschaft, die sich nicht sofort in ihre Praxis umsetzen läßt, damit meint zu kritisieren, daß sie als Gedanke, also abgehoben, elitär usw. denunziert wird. So soll die Linke gerade damit die »völkische Denkform par excellence« (S. 22), »den Gegensatz des Freischwebenden zum Bodenständigen« (S. 22) pflegen.

Ihre Überlegungen über den Antisemitismus hindert die ISF leider nicht daran, in den alten skeptizistischen Fehler zu verfallen und der Shoa Unerklärlichkeit zu attestieren – was dann ja zumindest erkannt sein muß, so daß der prinzipielle Zweifel sich selbst aufhebt. Die Shoa erklären zu wollen, soll vielmehr eine »Rationalisierung« (S. 29) sein, welche bei der Linken direkt zu der absurden Gleichsetzung von Faschismus und Zionismus führe, wie ihn einige Linke nach dem Motto: »Es muss doch irgend etwas dran sein am Antisemitismus der Nazis, von nichts kommt nichts« (S. 30) pflegen.

Antisemitismus, der eine falsche Erklärung der Welt ist, die regelmäßig mörderische Konsequenzen zeitigt, hält die ISF für eine Art Krankheit, die »nach der Seite des Individuums ... vielleicht heilbar und psychoanalytisch zu therapieren« (S. 32) sei. Dieser Gedanke, den auch schon Hitler hatte, verdankt sich der Überlegung, daß Auschwitz der »gesellschaftlich vollzogene Bruch mit Ratio überhaupt« (S. 29) sei. Gesellschaftlich aber muß dem »Agitator« ... das Gesagte als wirklich Gemeintes auf den Kopf zugesagt werden« (S. 32 f.).

Zionismus ist nicht der Name für den Nationalismus Israels, sondern behauptet gleichzeitig immer auch mit, daß Israel eigentlich kein Existenzrecht habe; »Israel, zum Generalfeind nationaler Identität und zum anti-völkischen Volk schlechthin geadelt, hat« für den Antizionisten »den Unterschied zwischen guter Herrschaft und willkürlicher Regierung zu veranschaulichen« (S. 46). Deswegen kann Zionismus nicht als Name für israelischen Nationalismus benutzt werden. Dieses anzuerkennen, soll »die Vorbedingung jeder Diskussion« (S. 46) sein.

Der Zionismus, die »nationale Befreiungsbewegung der Juden« (S. 46), soll erstens ein

Fehler und zweitens die einzig mögliche Antwort auf den Antisemitismus sein. Weil die Gründung Israels die ursprüngliche Akkumulation mit ihren Grausamkeiten »vollzog wie im Zeitraffer« (S. 64), »erscheint es bürgerlichen Philosemiten deshalb als das reinste Wunder, während den linken Antizionisten die Selbstbehauptung Israels als die Grausamkeit an sich vorkommt« (S. 64). Aus diesen ungeschönen Seiten jeder Staatsgründung und dem Ideal einer garantiert völkischen Herrschaft ziehen die antizionistischen Pöbeleien gegen den »imperialistischen Brückenkopf Israel« ihr Material (vgl. S. 65-74).

Aus diesen Überlegungen zieht die ISF den Schluß, daß eine staats- und klassenlose Gesellschaft erstens notwendig ist und daß zweitens aber bis dahin, da »die Juden das gleiche Recht auf Palästina haben wie die Palästinenser, die Georginer oder die Gagausen« (S. 91), es wegen »der nationalen Verfassung der Weltgesellschaft ... legitim ist, aus Notwehr oder Nothilfe dieses »Besuchsrecht« zu erzwingen« (S. 91).

Im Anhang (vgl. S. 95 - 146) wird an Hand von drei Fallstudien der Antisemitismus in der Linken untersucht. Erstes Beispiel ist der zweite Golfkrieg und der Umgang der deutschen Friedensbewegung mit der irakischen Drohung, Israel mit Giftgas zu beschießen. Richtig wird festgestellt, daß »Kriege ... zum Kapitalismus [gehören] wie Vulkanausbrüche, Überschwemmungen und Erdbeben zur Natur« (S. 102). Daraus wird aber ohne weitere Argumente, außer ihrer Moral, geschlossen, daß »insoweit der Krieg um Kuwait jedoch zum Krieg gegen Israel eskaliert wird, ... etwas anderes auf der Tagesordnung« (S. 103) steht. Als zweiter Fall wird eine Radiosendung des Radio Dreyeckland (RDL) angeführt und die daran anschließende Auseinandersetzung, in der eine antisemitische Gruppe von der weiteren Nutzung des Radios ausgeschlossen werden sollte, was von der Mehrheit der Radionutzer verhindert wurde, da zwar klar sei, daß antisemitische Sendungen nicht stattfinden dürften, es aber leider »nicht leicht und mit Konsens festzustellen« ist, »was und warum ... antisemitisch ist« (S. 112). Der dritte Fall dreht sich um den Umgang mit der Kritik an der RDL Sendung. Diese wurde abgeschmettert mit dem, nicht nur, aber auch in der Lin-

ken üblichen Umgang mit Kritik: Sie gehört sich einfach nicht, verstoße gegen das Recht auf freie Meinungsäußerung und außerdem sei nicht jeder Jude ein Zionist, aber jeder Zionist ein Nazi, was man ja wohl kritisieren dürfe ...

Das Buch der Initiative zu lesen ist unfreiwillig erheiternd, da sehr gekonnt auf den Idiotien der Linken herumgeritten wird. Gleichzeitig bleibt es einem im Halse stecken genau wegen der, allerhöchstens euphemistisch so zu nennenden Idiotien. Leider kommt hinzu, daß die Initiative Sozialistisches Forum eine psychoanalytische Theorie vertritt, so daß die Kritik an der Psychoanalyse natürlich auch auf ihre Theorie zutrifft. Auch in anderen Bereichen ist die Theorie sicherlich nicht ausge-reift. Natürlich lohnt es sich trotzdem, dieses Buch zu lesen.

ALJOSCHA JEGODTKA

Ulrich Busch:
Am Tropf. Die ostdeutsche
Transfergesellschaft,
trafo verlag dr. wolfgang weist
Berlin 2002, 414 S. (29,80 €)

Selbst wenn die ›goldenen Jahre‹ der Transformationsforschung – in denen Fördermittel für alle nur denkbaren ›Projekte‹ von der Deutschen Forschungsgemeinschaft bis zur Volkswagen-Stiftung freigebig bereitgestellt wurden – längst vergangen sind, ihre ertragreichste Zeit steht möglicherweise erst noch bevor; auch wenn auf den ersten Blick die Entwicklung in eine andere Richtung weist. Das wachsende politische Unbehagen, am Thema ›Systemtransformation‹ weiter zu forschen, wo doch die anfangs befürchteten Katastrophen im Osten ausgeblieben sind und sich die Folgen für den Westen als bemerkenswert gering erwiesen haben, hat sich nämlich längst mit dem nachlassenden Eifer der »Brotgelehrten« (Schiller) gepaart, denen an einer Erschütterung der alten theoretischen Glaubenssätze nie ernsthaft gelegen war. Dieses Ergebnis war freilich vorhersehbar: Nach einer kurzen Phase hysterischer Aufgeregtheit zieht die Karawane weiter ... und zurück bleibt der ›harte Kern‹, der es ohnehin schon

immer genauer wissen wollte, wie Systemveränderungen in modernen Gesellschaften tatsächlich funktionieren (können).

Ulrich Busch, der sich seit langem um die fundierte wissenschaftliche Analyse vor allem der ökonomischen Seite des Systemwechsels in Ostdeutschland verdient gemacht hat, gehört zweifellos zu diesem ›harten Kern‹. Seine neuste Studie zu den west-ost-deutschen Transferzahlungen geht weit über das hinaus, was gemeinhin von einem Finanzökonom erwartet werden darf. Busch beweist hier nämlich nicht nur exzellente Sachkenntnis im Labyrinth der finanztechnischen Details eines weltweit wohl einmaligen Geflechts von Zahlungen, er arbeitet sich mit analytischem Biß und großer Beharrlichkeit durch eine Unmasse von Literatur und gelangt schließlich zu klaren, im besten Sinne des Wortes politökonomischen Aussagen.

Nach einer Erörterung der Besonderheiten des ostdeutschen Wirtschaftsraumes und der daraus abgeleiteten Charakterisierung der ostdeutschen Teilgesellschaft als »Transfergesellschaft« (Kapitel 1) legt der Autor im zweiten Kapitel, wo er eine »Wesensbestimmung der Transferleistungen« vornimmt, die Basis für die später präsentierte Detailanalyse und die daraus abgeleiteten Schlußfolgerungen. Die Notwendigkeit von unerwartet großen und lang anhaltenden Transferzahlungen entspringt demnach zum einen der »abenteuerlichen« Politik der Kohl-Regierung, die in Ostdeutschland »zu dem tiefsten Produktions- und Beschäftigungseinbruch, den je eine Region vergleichbarer Größe und Bedeutung erlebt hat« (S. 77), führte, und resultiert zum anderen aus der Übertragung des westdeutschen Sozialversicherungssystems auf Ostdeutschland. Dadurch wurde eine Reihe von Zahlungsverpflichtungen vor allem in bezug auf die Renten-, Arbeitslosen- und Krankenversicherung begründet, die aufgrund der wirtschaftlichen Schwäche Ostdeutschlands nur als West-Ost-Transfers aufgebracht werden können, die aber ihrem Wesen nach jedoch nichts ›Besonderes‹, sondern schlicht ›Rechtsansprüche‹ darstellen (vgl. S. 277ff.). Den Kern der mit den Transferleistungen verbundenen chronischen gesamtwirtschaftlichen Kalamitäten verortet Busch – auf der Grundlage eines eindrucksvollen Exkurses in die

Außenwirtschaftstheorie (vgl. S. 116ff.) – in einem spezifischen »Transferkreislauf«, der die west- und ostdeutschen (Teil)Ökonomien verhängnisvoll miteinander verkoppelt. Der ostdeutsche »Entwicklungsrückstand induziert einen Transferbedarf, die daraufhin getätigten Transferzahlungen ziehen einen Realtransfer (den mit Transfergeldern bezahlten »Export« von Gütern und Leistungen von West nach Ost – AH.) nach sich, welcher die Entwicklung endogener Potenziale unterdrückt, was erneut zu einem Transferbedarf führt usw. usf.« (S. 120). Die ökonomische Rationalität dieses »Kreislaufs« besteht nach Busch also darin, daß »die transferfinanzierten Ausgaben im Osten das Wirtschaftswachstum im Westen mitfinanzieren, wodurch der Transferbedarf gedeckt ..., zugleich aber auch neu gesetzt« wird (S. 88).

Hier wird ein wahrscheinlich über die deutsch-deutsche Problematik weit hinausgreifender wesentlicher Zusammenhang beschrieben, der insbesondere einiges über die Unterentwicklung konservierenden Wirkungen von »Entwicklungshilfe« zwischen »Erster« und »Dritter« Welt zu erhellen vermag – auf eine solche (sich geradezu aufdrängende) Weiterung der Sicht verzichtet Ulrich Busch allerdings weitgehend.

Nachdem der Autor im dritten Kapitel zu »Struktur und Umfang der Transferleistungen« bis in die feinsten Kapillaren des Transferphänomens vordringt, sind vor allem die in den beiden abschließenden Kapiteln präsentierten Folgerungen von einiger Bedeutung. Busch gelingt es hier insbesondere zu zeigen, wie eng die höchst unterschiedlichen west- und ostdeutschen Entwicklungen verzahnt sind. Nicht nur, daß die Transferzahlungen anfänglich einen wirtschaftlichen Aufschwung in Westdeutschland finanzierten (vgl. S. 343), sie hatten dort auch einen »Niveaueffekt« (S. 350) zur Folge, der wesentlich auf dem Fortbestehen des Transfermechanismus beruht. Produktionslücke Ost und Produktionsüberschuß West – »ostdeutsches Defizit und westdeutsches Plus im innerdeutschen Güteraus-tausch« (S. 352) – bedingen sich derart, daß ein Aufholen des Ostens zwingend einen Abbau im Westen zur Folge hätte. Und genau darin liegt die eigentliche Brisanz der deutsch-deutschen Transferbeziehungen auf lange

Frist. Denn die Form, wie die Vereinigung vollzogen wurde, hat nicht nur zu einer gigantischen Umverteilung von Einkommen und Vermögen geführt, sie ging auch damit einher, daß die, die am meisten davon profitiert haben, die geringsten Lasten zu tragen hatten.

Die von Busch – und anderen, insbesondere im Umfeld der Initiative ›www.thierse-hat-recht.de‹ – geforderte »Investitionsoffensive Ost«, um eine dauerhafte »Peripherisierung« Ostdeutschlands zu vermeiden, ist jedoch kaum anders denkbar als mittels einer Verlagerung industrieller Standorte von West nach Ost. Statt der durch die Transferpolitik bewirkten Einkommensumverteilung und Ressourcenverschiebung von Ost nach West (vgl. S. 357) müßte ein umgekehrter Prozeß in Gang gesetzt werden, in dessen Folge der Westen unweigerlich »verlieren« würde. Zuge-spitzt ließe sich also sagen, daß der Aufbau Ost in vielerlei Hinsicht ein wirtschaftliches Nullsummenspiel wäre, bei dem es um eine tatsächliche Gleichverteilung der Lasten geht, um eine Konstellation, die für große Teile der westdeutschen Gesellschaft, trotz aller Reklamationen über die Vereinigungskosten, bisher noch weitgehend unbekannt ist und die erst den wirklichen Test auf die Bereitschaft zu gegenseitiger Solidarität darstellen würde.

Ob ein solches Entwicklungsszenario möglich ist, ist derzeit offen. »Auf jeden Fall verschiebt sich die Erreichung des Konvergenz-ziels und damit die Vollendung der Einheit bis weit ins 21. Jahrhundert hinein. Und auch das nur, wenn die Wirtschaftspolitik entsprechende Rahmenbedingungen dafür setzt. Ansonsten »kippt« der Osten und wird zum deutschen *Mezzogiorno*« (S. 362 f.).

Das hier anzuzeigende Werk von Ulrich Busch signalisiert möglicherweise, daß Transformationsforschung überhaupt erst jetzt – mit dem nötigen zeitlichen Abstand und befreit vom »Wissenschaftstourismus« – tatsächlich machbar ist. Und vielleicht wird dieses Buch als eines der ersten wirklich bemerkenswerten in die Geschichte der Erforschung des »ostdeutschen Sonderfalls« der Systemtransformation eingehen. Das Zeug dazu hat es auf jeden Fall, ob es auch die dafür unerläßliche wissenschaftshistorische Fortune hat, bleibt abzuwarten – und zu hoffen.

ARNDT HOPFMANN